Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11073

17. 06. 98

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Perspektivbericht der Bundesregierung „Vorrang für Aufbau Ost“

Gliederung

Vorrang für Aufbau Ost

Die Erfolge der Politik der Bundesregierung für den Aufbau Ost sind allerorts unübersehbar: Der Aufbau des Sozial- und Rechtsstaates ist weitgehend abgeschlossen, die Infrastrukturausstattung hat sich spürbar verbessert, die Entwicklung einer modernen, leistungsfähigen Wirtschaft kommt gut voran. Erfreulich ist vor allem, daß sich auch in den neuen Ländern die Anzeichen für eine Trendwende am Arbeitsmarkt zusehends verdichten.

Die erreichten Fortschritte sind eine gute Ausgangsbasis, um die wirtschaftliche Eigendynamik weiter zu stärken und die immer noch inakzeptabel hohe Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen. Entscheidend ist dafür, daß die positiven Entwicklungen an Breite und Tiefe gewinnen. Die Bundesregierung hat die Weichen gestellt, um die Rahmenbedingungen in den neuen Ländern weiter zu verbessern sowie Wirtschaft und Arbeitsmarkt durch spezielle Maßnahmen weiter gezielt zu stärken.

Klar bleibt: Der wirtschaftliche Strukturwandel und die Vollendung der inneren Einheit bleiben eine langfristige Aufgabe. Die schweren Versäumnisse einer 40jährigen sozialistischen Planwirtschaft mit konsequenter Abschottung der eigenen Wirtschaft von den Weltmärkten, einem unverantwortlichen Raubbau an Umwelt und Natur, einer bewußten Vernachlässigung von Wohneigentum und Wohngebäuden sowie einer mangelhaften Ausstattung der Infrastruktur in allen Bereichen lassen sich nicht in wenigen Jahren beseitigen.

Die Erblasten der Vergangenheit und der noch nicht abgeschlossene wirtschaftliche Strukturwandel spiegeln sich am deutlichsten in der schwierigen Situation am Arbeitsmarkt wider. Trotz umfassender sozialer Absicherung sind hiervon viele Menschen in ihrer Existenz betroffen. Dies geht weit über materielle Aspekte hinaus. Die Veränderungen am Arbeitsmarkt und die hohe Arbeitslosigkeit berühren die Menschen gerade auch in ihrem Selbstverständnis und ihrer Selbstachtung. Die hohe Arbeitslosigkeit berührt nicht zuletzt in besonderem Maße die Frauen in den neuen Ländern.

Die vielen positiven Entwicklungen in den neuen Ländern werden in der Wahrnehmung der Betroffenen von noch bestehenden Problemen häufig überdeckt. Dabei zeigt die bisherige Bilanz des Aufbaus Ost, daß die Menschen in Ost und West auf ihre gemeinsam erreichten Fortschritte beim Aufbau Ost stolz sein können. Zahlreiche offenkundige Probleme zu Beginn des Strukturwandels gehören längst der Vergangenheit an oder stehen vor einer guten Lösung. Besonders deutlich wird dies im Bereich der Telekommunikation. In den neuen Ländern wurde in den vergangenen Jahren das weltweit modernste Telekommunikationsnetz errichtet.

Für die Investoren – und damit für neue Arbeitsplätze – haben sich wichtige Rahmenbedingungen entscheidend verbessert, wie die Verfügbarkeit von erschlossenen Gewerbeflächen, die Verläßlichkeit im Planungsrecht und bei Eigentumsfragen. Der Neubau und die Modernsierung des Verkehrsnetzes kommen ebenfalls gut voran. Bis zum Jahr 2005 wird in den neuen Ländern die modernste Verkehrsinfrastruktur Europas geschaffen.

Die wirtschaftlichen Verbesserungen zeigen sich für die Menschen unmittelbar vor allem auch im Wohnumfeld. Von 1991 bis 1997 wurden über 550 000 neue Wohnungen gebaut, und mehr als die Hälfte des Wohnungsbestandes von 7 Millionen Wohnungen wurde modernisiert.

Ebenfalls wichtig für die vom Strukturwandel besonders betroffenen Menschen in den neuen Ländern: Auch das Rentenniveau ist deutlich gestiegen. Zum 30. Juni 1990 – am Tag vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion – erhielt ein Rentner mit mehr als 40 Versicherungsjahren in der DDR zwischen 470 und 600 M der DDR. Heute beträgt seine Eckrente in den neuen Ländern knapp 1 700 DM.

Die neuen Länder einschließlich Berlins sind seit 1995 vollständig und gleichberechtigt in den gesamtdeutschen Finanzausgleich einbezogen. Der neugestaltete Finanzausgleich sichert den neuen Ländern und ihren Gemeinden eine Finanzausstattung, die je Einwohner Ausgaben von knapp 120 % und Sachinvestitionen von rund 170 % des Niveaus der alten Länder ermöglicht. Damit verfügen die neuen Länder über eine dauerhafte finanzielle Basis, um in angemessener Zeit ihren infrastrukturellen Nachholbedarf abzubauen und den Anschluß an die Lebensverhältnisse in den alten Ländern zu finden.

Die enormen Leistungen des Bundes für die neuen Länder sind notwendiger Teil der gesamtdeutschen Solidarität und der föderalen Verfassung. Sie sind Investitionen in die gemeinsame Zukunft Deutschlands und für die in Ost und West gleichermaßen gewünschte Einheit. Für die weitere wirtschaftliche Umstrukturierung in Ostdeutschland werden auch in den nächsten Jahren erhebliche Finanzleistungen erforderlich sein. Der Aufbau Ost wird daher weiterhin einen besonderen Schwerpunkt bei den haushaltsrelevanten Entscheidungen der Bundesregierung bilden.

Die Bundesregierung hält unverändert an der absoluten Priorität für den Aufbau Ost fest. Die notwendigen Mittel werden hierfür auch in den nächsten Jahren im Bundeshaushalt und im ERP-Sondervermögen zur Verfügung gestellt.

Sie läßt sich von folgenden Grundüberlegungen leiten:

- Der Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, die aus eigener Kraft genügend Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Menschen in den neuen Ländern bietet, bleibt vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Sie ist Voraussetzung, damit die inakzeptabel hohe Arbeitslosigkeit auf mittlere Sicht nachhaltig zurückgeführt werden kann. Mehr Beschäftigung liegt im Interesse der Menschen in den neuen Ländern. Dem Beschäftigungsziel müssen sich deshalb alle anderen, auch verständlichen Wünsche – wie etwa höheres Einkommen – unterordnen.
- Das Sichern bestehender wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze sowie vor allem das Schaffen neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze ist nur zu erreichen, wenn die industrielle Basis verbreitert und die Produktivität weiter erhöht werden. Dies ist in erster Linie eine unternehmerische Aufgabe. Die Tarifparteien sind dabei gefordert, produktivitätsgerechte und beschäftigungsorientierte Tarifverträge abzuschließen.
- Die Bundesregierung ihrerseits wird den weiteren Aufbauprozeß bei einer verläßlichen Förderung von Investitionen und Innovation sowie einem weiteren konsequenten Ausbau der Infrastruktur nachhaltig flankieren. Die Politik der Bundesregierung ist weiterhin darauf gerichtet, den eingeschlagenen Weg zu verstetigen und – wo nötig – an neue Voraussetzungen anzupassen.
- Mit dem zunehmenden wirtschaftlichen Zusammenwachsen des vereinten Deutschlands kann die spezifische Politik für den Aufbau Ost nur als Teil einer konsequenten gesamtdeutschen Standortpolitik erfolgreich sein. In ganz Deutschland wurden durch das umfangreiche Reform- und Veränderungsprogramm der Bundesregierung für mehr Investitionen und Arbeitsplätze wichtige Fortschritte erzielt. Die Bundesregierung hat in den vergangenen vier Jahren bis heute mehr durchgesetzt, als jemals in einer Legislaturperiode bewegt wurde.

Daß die Bundesregierung mit ihrer Politik auf dem richtigen Kurs ist, zeigt sich im wirtschaftlichen Aufschwung und jetzt zunehmend auch am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen ist von April auf Mai um rund 220 000 auf 4,2 Millionen zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit ist damit erstmals seit dem Sommer 1995 für ganz Deutschland gegenüber dem Vorjahr kräftig gesunken.

In den neuen Ländern ist die Arbeitslosigkeit zwar noch höher als im Vorjahr, aber auch hier ist die beginnende Besserung erkennbar. Von April auf Mai gab es hier 97 000 weniger Arbeitslose. Die Arbeitslosenquote sank von 19,4 % auf 18,1 %. Das ist der bisher stärkste Rückgang in einem Monat Mai. Damit ist die Erwartung der Bundesregierung gut begründet, daß die Arbeitslosigkeit Ende 1998 um rd. 100 000 niedriger sein wird als Ende 1997.

Die Bundesregierung wird ihren Kurs notwendiger Reformen und Veränderungen für eine gute Zukunft und mehr Arbeitsplätze konsequent fortsetzen. Sie hat dafür ein klares Gesamtkonzept. Ein Schwerpunkt ist dabei die große Steuerreform nach dem Konzept der Bundesregierung. Sie ist überfällig. Sie ist der Schlüssel für mehr wirtschaftliche Dynamik und Beschäftigung in ganz Deutschland und stärkt ebenso den Aufbau Ost.

Die Bunderegierung sieht im einzelnen folgende prioritären politischen Handlungsfelder:

1. Bündnis für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland fortsetzen

Die Gemeinsame Initiative als Bündnis für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland wird nach dem Rückzug der Gewerkschaften von den verbliebenen Beteiligten weiter umgesetzt werden. Auf der Konferenz am 19. Juni 1998 in Schwerin wird unter Vorsitz des Bundeskanzlers eine erneute Zwischenbilanz gezogen.

Die Bundesregierung bedauert den Ausstieg der Gewerkschaften und erwartet, daß die Vertreter der Arbeitnehmer so bald wie möglich wieder in die Initiative zurückkehren. Der Aufbau Ost erfordert auch in Zukunft den Einsatz aller Verantwortlichen.

Die Bundesregierung steht zu den in der Gemeinsamen Initiative gegebenen Selbstverpflichtungen. Sie wird die notwendige wirtschaftliche Förderung in den neuen Ländern ohne Abstriche fortsetzen, die Infrastruktur mit hoher Geschwindigkeit weiter ausbauen und den Arbeitsmarkt auch in Zukunft flankieren, vor allem, um die Integration von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Die Bundesregierung erwartet, daß auch die Industrie, der Handel, die Kreditwirtschaft und die Gewerkschaften alles ihnen Mögliche tun, um vor allem die Investitionen in Ostdeutschland auf hohem Niveau zu halten, die Einkäufe aus den neuen Ländern weiter zu steigern und die Tarifabschlüsse moderat und flexibel zu gestalten. Die Tarifpartner bleiben weiterhin in der Pflicht für eine produktivitätsgerechte und wachstumsorientierte Tarifpolitik.

2. Mittelfristiges Förderkonzept ohne Abstriche umsetzen

Mit dem mittelfristigen Förderkonzept vom Mai 1997 hat die Bundesregierung für die neuen Länder Klarheit über die künftige Förderpolitik geschaffen. Sie wird es ohne Abstriche umsetzen. Die Neuregelung der steuerlichen Förderung ab 1999 ist mit dem „Gesetz zur Fortsetzung der wirtschaftlichen Förderung in den neuen Ländern" in Kraft. Dadurch erhalten Existenzgründer und Investoren in Ostdeutschland nach Auslaufen der bisherigen steuerlichen Förderung Ende 1998 bereits jetzt für weitere sechs Jahre Planungssicherheit und eine klare Perspektive. Dies ist die wichtigste Voraussetzung für eine weitere Stärkung von Investitionen und Innovationen. Die neue Förderung bedeutet vor allem für mittelständische ostdeutsche Unternehmen eine deutliche Verbesserung: Verdoppelte Investitions-Zulagensätze

auf 10 % bzw. 20 % für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – bei Wegfall der bisherigen Sonderabschreibungen – stärken die Eigenkapitalbasis der oft noch ertragsschwachen ostdeutschen Unternehmen. Damit ist zugleich ein wichtiger Schritt zur weiteren Straffung und Transparenz der Förderkulisse getan. Mit einer noch stärkeren Konzentration der Förderung auf das Verarbeitende Gewerbe und der erstmaligen Einbeziehung der produktionsnahen Dienstleistungen werden die Voraussetzungen für moderne Netzwerke von Produktion und Dienstleistern verbessert.

Entsprechend den Festlegungen im Förderkonzept wird die Förderung vor allem von Investitionen und von Forschung und Entwicklung (FuE) aus dem Bundeshaushalt auf hohem Niveau fortgeführt: Im Haushalt 1998 sind für die Wirtschaftsförderung einschließlich Infrastruktur über 50 Mrd. DM vorgesehen. Außerdem stehen im ERP-Sondervermögen 13 Mrd. DM für zinsgünstige Kredite bereit, die überwiegend für die neuen Länder vorgesehen sind. Die Bundesregierung wird über den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 1999 Anfang Juli 1998 entscheiden.

- Für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA) steht in den neuen Bundesländern 1998 ein Bewilligungsrahmen von 6,4 Mrd. DM aus Mitteln von Bund, Ländern und EU zur Verfügung. Damit ist die Förderung aller sinnvollen Projekte (Unternehmensinvestitionen, wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen) sichergestellt. Dies wird auch 1999 und in den Folgejahren gelten.
- Das Sonderprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft für die Industrieforschung in den neuen Ländern ist 1998 mit 280 Mio. DM dotiert. Für die kommenden Jahre sollen die Personal- und Projektförderung auf bisherigem Niveau fortgeführt werden.
- Besondere Bedeutung für Existenzgründungen, Investitionen und Innovationen haben auch die zinsgünstigen Kredite des ERP-Sondervermögens. Zur Unterstützung und Stabilisierung von Existenzgründungen werden über die ERP-Eigenkapitalhilfe und das ERP-Existenzgründungsprogramm 1998 und in den Folgejahren ausreichend Mittel bereitgestellt. Für Unternehmen mit innovativen Vorhaben stehen nochmals erhöhte Mittel aus dem ERP-Innovationsprogramm zur Verfügung, das künftig auch für die Bereitstellung von Beteiligungskapital für innovative Unternehmen genutzt werden soll. Insgesamt wird auch 1999 und in den Folgejahren ein überproportionaler Anteil der ERP-Mittel für die neuen Länder bereitgestellt.

3. Unternehmen stabilisieren und Wachstum ermöglichen

Eine ausreichende Eigenkapital- und Liquiditätsversorgung der meist jungen ostdeutschen Unternehmen ist ein wichtiges Element der wirtschaftlichen Stabilisierung.

Um das Eigenkapital zu stärken und die Liquidität zu sichern, werden die bestehenden Förderprogramme ohne Einschränkung fortgeführt:

- Der Beteiligungsfonds Ost (bisheriges Volumen 1,5 Mrd. DM) wird über 1998 hinaus verlängert und mit jeweils 1 Mrd. DM durch die Hauptleihinstitute des Bundes, Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und Deutsche Ausgleichsbank (DtA), aufgestockt.
- Der Konsolidierungsfonds für die neuen Länder wird – bei Zustimmung der neuen Länder – durch Aufstockung um 250 Mio. DM aus Mitteln der DtA ostdeutschen Unternehmen bei Bestätigung der Sanierungsfähigkeit weiter mit Mitteln für Konsolidierung und Wachstum zur Verfügung zu stehen.
- Das DtA-Bürgschaftsprogramm wird auch nach 1998 bis Ende 2001 fortgeführt.

Zur Verbesserung der Liquiditätssituation kommt auch der Durchsetzung von berechtigten Forderungen (Stichwort: „Zahlungsmoral") große Bedeutung zu. Die Voraussetzungen hierfür müssen vor allem durch praktische Maßnahmen für die Forderungsdurchsetzung verbessert werden (Beratung durch Kammern und Verbände bei Vertragsgestaltung und Debitorenmanagement; Einrichtung zentraler Mahngerichte und weiterer Ausbau des Gerichtsvollzieherwesens durch die Länder). Daneben wird geprüft, ob zusätzliche Schritte u. a. des Gesetzgebers – auch auf europäischer Ebene – erforderlich und zielführend sind.

Die Lösung von Liquiditätsproblemen durch Verbesserung des Forderungsmanagements ist primär eine Aufgabe der Wirtschaft und ihrer Selbsthilfeeinrichtungen. Die Wirtschaft muß hierfür unverzüglich ein Konzept vorlegen. Bis diese Selbsthilfe der Wirtschaft greift, wird die Deutsche Ausgleichsbank für eine befristete Übergangszeit Betriebsmittelkredite mit einer erhöhten Haftungsfreistellung gewähren und so einen Beitrag zur Überwindung von Liquiditätsengpässen leisten.

Wichtig für das Wachstum vor allem auch innovativer Unternehmen ist der verbesserte Zugang von kleinen Unternehmen zum Wagniskapitalmarkt in ganz Deutschland. Hierzu sind durch die Verabschiedung des Dritten Finanzmarktförderungsgesetzes weitere Schritte eingeleitet worden.

Die Unternehmen in den neuen Ländern werden auch von der Einführung des neuen Marktes profitieren, da ihnen dadurch der Zugang zur Börse erleichtert wird. Nach der Börseneinführung der Aktien der Sero AG bereits 1995 und dem Börsengang der Sachsenring AG 1997 stehen 1998 weitere ostdeutsche Unternehmen vor einem solchen Schritt. Dazu gehört auch die Jenoptik AG. Längerfristig werden über 300 mittelgroße Unternehmen als börsenfähig angesehen.

4. Auftrag des Treuhandgesetzes erfüllen

Ziel der Bundesregierung bleibt es, die Aufgaben der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) zügig abzuarbeiten. Dabei wird der Auf-

trag des Treuhandgesetzes, marktfähige Unternehmen herauszubilden und eine effiziente Wirtschaftsstruktur herzustellen, die Arbeit der BvS auch künftig bestimmen. Der Beschluß des Verwaltungsrates der BvS vom 10. Juli 1997 gilt unverändert, insbesondere

- wird die Arbeitsfähigkeit der BvS auch über 1998 hinaus in organisatorischer, personeller und finanzieller Sicht gesichert,
- werden die Vertragsmanagement-Grundsätze auch künftig angewendet,
- wird sich die BvS an konzertierten Aktionen auch weiterhin – unter Einbeziehung der Länder im Hinblick auf ihre strukturpolitische Verantwortung – beteiligen. In Einzelfällen wird ein Engagement der BvS auch möglich sein, wenn die vertraglichen Beziehungen mit ihr bereits beendet sind.

Bundesregierung und BvS stehen dazu, daß kein ehemaliges Treuhand-Unternehmen mit tragfähigem Konzept am mangelnden finanziellen Engagement der BvS scheitert. Sanierungsfähigkeit vorausgesetzt, soll jedes dieser Unternehmen die faire Chance erhalten, sich auf Dauer im Wettbewerb zu behaupten.

Maßnahmen zur Straffung der BvS-Organisation und ggf. Ausgliederung von Teilbereichen (z. B. die Ausgründung des Altlastenbereichs in eine GmbH) dienen der Erzielung von Synergieeffekten. Die effiziente Aufgabenerledigung bleibt gewährleistet.

5. Mit Forschung und Innovation die Zukunft gewinnen

Die ostdeutsche Wirtschaft hat technologisch Tritt gefaßt. Die Zahl der FuE-Beschäftigten steigt wieder, und es werden vermehrt weltmarktreife Produkte abgesetzt.

Die umfangreichen Fördermaßnahmen der Bundesregierung für die Forschung in den neuen Ländern haben einen Innovationsschub ausgelöst. Das hohe Niveau der Förderung soll für die kommenden Jahre beibehalten werden. Hervorzuheben sind neben der überproportionalen Beteiligung der neuen Länder am Hochschulsonderprogramm III und an der Hochschulbaufinanzierung (über 500 Mio. DM Bundesmittel je Jahr) insbesondere die Ausbauplanung der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Ländern, für die von der Bundesregierung bis zum Jahr 2000 rd. 400 Mio. DM vorgesehen sind. Auch die überwiegend vom Bund getragenen Helmholtz-Zentren engagieren sich in den neuen Ländern mit Schwerpunkten in den Bereichen Geoforschung, Biomedizin, Umwelt- und Energieforschung.

Trotz der erreichten Fortschritte ist festzustellen, daß der Anteil der ostdeutschen Wirtschaft am gesamtdeutschen FuE-Prozeß immer noch zu gering ist. Deshalb wird die Bundesregierung auch in den nächsten Jahren ihre Anstrengungen zur Unterstützung von FuE in den neuen Ländern fortsetzen. Sie hat in ihrem mittelfristigen Förderkonzept die erforderlichen Maßnahmen festgelegt, um die weitere Förderung auf hohem Niveau bis zum Jahr 2004 sicherzustellen. Auch die Förderung von Schlüsseltechnologien soll fortgeführt werden.

6. Infrastruktur weiter ausbauen und umweltgerecht gestalten

Eine moderne Infrastruktur ist wichtige Voraussetzung für die Entwicklung wirtschaftlicher Potentiale.

- In den kommenden Jahren sind in den neuen Ländern wiederum überproportional rd. 43 % aller Verkehrsinfrastrukturinvestitionen vorgesehen – rd. 9 Mrd. DM jährlich. Damit wird die bisherige Prioritätensetzung für die neuen Länder beibehalten. Insgesamt laufen in den neuen Ländern Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von rd. 45 Mrd. DM. Einen entscheidenden Teil der Verkehrsinvestitionen machen die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) aus. Ihre Finanzierung erfolgt weiterhin vorrangig. Allein in sie werden jährlich fast 4 Mrd. DM investiert. Wesentliche Teile der VDE sollen bis Anfang des nächsten Jahrzehnts fertiggestellt werden.

  Bei den VDE-Projekten der Schiene werden in diesem Jahr die Hochgeschwindigkeitsstrecke Hannover–Stendal–Berlin in Betrieb genommen sowie zwischen Leipzig und Dresden eine Fahrzeit von rd. 1 Stunde erreicht. 1999 wird die Strecke Uelzen–Stendal dem Verkehr übergeben. Beim VDE-Projekt Nürnberg–Berlin werden bis 2002 weitere 3,5 Mrd. DM realisiert.

  Im Eisenbahnknoten Berlin werden die Arbeiten zur Sanierung und zum Ausbau des Streckennetzes, für die der Bund rd. 10 Mrd. DM zur Verfügung stellt, fortgesetzt.

  Auch künftig wird ein überdurchschnittlicher Anteil der Schienenwegeinvestitionen in den neuen Ländern realisiert werden.

  Für den Transrapid wurde das erste von 20 Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Weitere werden bis Ende des Jahres beginnen, so daß 1999 mit dem Abschluß der Mehrzahl der Verfahren gerechnet werden kann. Die Betriebsaufnahme wird für 2005 angestrebt.

  In die VDE-Projekte der Straße werden weiterhin jährlich 2,4 Mrd. DM investiert: Bis 2000 werden der Neubauabschnitt Schönberg–Rostock der A 20, die gesamte neue A 14 Magdeburg–Halle, wesentliche Teilabschnitte der A 4 Eisenach–Görlitz und der A 9 Berlin–Nürnberg sowie der Ausbau der A 2 Hannover–Berlin fertiggestellt sein. Die Autobahn A 38/A 143 Göttingen–Halle wird bis Ende 2005 dem Verkehr übergeben. Der Neubau der A 71/ A 73 Erfurt–Schweinfurt/Lichtenfels wird in verkehrswirksamen Schritten bis 2008 realisiert. Der Neubau der A 17 Dresden–Bundesgrenze zu Tschechien wird in diesem Jahr beginnen.

  Die Wasserstraßenverbindung Hannover–Magdeburg–Berlin (VDE Nr. 17) ist im Bau. Die Strombaumaßnahmen an der Elbe werden fortgeführt. Auch an den seewärtigen Zufahrten der Ostsee werden weiterhin umfangreiche Ausbauarbeiten

durchgeführt. Einschließlich der Maßnahmen am übrigen Netz sind in den kommenden Jahren 500 bis 600 Mio. DM jährlich für die Bundeswasserstraßen in den neuen Ländern, also über 40 % aller Wasserstraßeninvestitionen, vorgesehen.

Mit den Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für den ÖPNV und den kommunalen Straßenbau werden weiterhin besonders die Nahverkehrsstrecken von herausragender verkehrlicher Bedeutung gefördert, insbesondere der Wiederaufbau und der Ausbau der S-Bahnen und der Stadt- und Straßenbahnen.

- Noch vor dem Westen hat die Deutsche Telekom AG das Telekommunikationsnetz in den neuen Bundesländern seit Ende 1997 vollständig digitalisiert. Damit existiert in den neuen Bundesländern bereits das modernste Telefonnetz der Welt. Ende letzten Jahres standen in den neuen Bundesländern, einschließlich Berlin, mehr als 8,7 Millionen Telefonanschlüsse zur Verfügung.

  Die vollständige Öffnung des Telekommunikationsmarktes zum 1. Januar dieses Jahres hat eine Vielzahl von Marktzutritten neuer Unternehmen zufolge gehabt. Allein für den Bereich der Infrastruktur sind seit Mitte 1996 ca. 270 Lizenzen erteilt worden, zum Teil an bundesweite Anbieter, zum Teil aber auch an regionale oder lokale Anbieter (z. B. Stadtnetzbetreiber). Der Aufbau alternativer Netzstrukturen und damit die Zulassung von Wettbewerb sowohl im Netz- als auch im Dienstbereich wird auch in den neuen Bundesländern dazu führen, daß sich die Bedingungen für die Kunden stetig weiter verbessern.

- Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung war fast die gesamte öffentliche Umweltinfrastruktur in der DDR mangelhaft. Vielfach fehlte sie sogar bis in die Mittelstädte hinein völlig. Der danach erforderliche weitgehende Neubau von Kanalnetzen wie Abwasser- und Abfallentsorgungsanlagen hat inzwischen dazu geführt, daß die Versorgung mit gesundheitlich unbedenklichem Trinkwasser weitestgehend gewährleistet ist, die Anschlußgrade an Kanalisation und Kläranlagen kontinuierlich steigen und abfallwirtschaftliche Strukturen entstehen.

  Trotz erheblicher Fortschritte in der Umweltinfrastruktur sind weiterhin beträchtliche Investitionen erforderlich, die bis in das nächste Jahrzehnt hinein auf 200 Mrd. DM geschätzt werden. Nach Einschätzung der Länder entfallen rd. 75 Mrd. DM auf die Abwasserentsorgung. Der Investitionsbedarf übersteigt die Finanzkraft vieler Städte und Gemeinden. Daher setzt sich die Bundesregierung unverändert dafür ein, verstärkt auch privates Know-how zu mobilisieren und privates Kapital zu Bedingungen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs einzusetzen.

- Einen weiteren Schwerpunkt bildet nach wie vor die Sanierung der ökologischen Altlasten. Allein für die Sanierung der Braunkohletagebaue als größtes zusammenhängendes Umweltprojekt in Deutschland sind im Zeitraum 1991 bis 1997 rd. 8 Mrd. DM bereitgestellt worden. Für den Zeitraum 1998 bis 2002 haben Bund und die betroffenen Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen vereinbart, weitere 6 Mrd. DM zur Verfügung zu stellen. Durch die Modernisierung des Kraftwerkparkes (z. B. Schwarze Pumpe) wird eine nachhaltige Entlastung der Umwelt erreicht.

- Eine längerfristige Aufgabe ist die Beseitigung der Hinterlassenschaften des Uranerzbergbaus durch die bundeseigene Wismut GmbH. Dafür werden aus dem Bundeshaushalt 13 Mrd. DM bereitgestellt, davon sind bis Ende 1997 rd. 5,2 Mrd. DM eingesetzt worden. Die wesentlichen Sanierungsvorhaben werden bis 2010 abgeschlossen sein.

7. Bei Vermögensverhältnissen Nachteile ausgleichen

Eine breite Streuung des Eigentums, insbesondere des Wohneigentums und Produktivvermögens, festigt unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die vermögenspolitische Initiative der Koalition sieht deshalb eine Präferenz für Bewohner der neuen Bundesländer vor. Sie erhalten bis zum Jahr 2004 einen höheren Förderbeitrag für Beteiligungskapital. Um den Besonderheiten in den neuen Ländern Rechnung zu tragen, wird den Arbeitnehmern mit Hauptwohnsitz in Ostdeutschland befristet bis zum Jahr 2004 ein förderfähiger Höchstbetrag von 1 000 DM für Beteiligungen (statt 800 in den alten Ländern) eingeräumt. Die Bundesregierung erwartet, daß im Vermittlungsverfahren, das durch den Bundesrat eingeleitet worden ist, eine Einigung erreicht wird.

Zugleich leistet die unveränderte Fortführung der Bausparförderung einen wichtigen Beitrag zur Vermögensbildung durch Wohneigentum.

8. Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessern

Eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt der neuen Länder zeichnet sich ab. Der Beschäftigungsrückgang verlangsamt sich seit Herbst 1997, der Bestand an offenen Stellen steigt seit dem Jahreswechsel kontinuierlich an, Vermittlungen in Arbeit nehmen zu.

Mit der Reform des Arbeitsförderungsrechts hat die Bundesregierung die Brückenfunktion der Arbeitsmarktpolitik zur Integration Arbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt verstärkt. Für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den neuen Ländern stehen 1998 20,3 Mrd. DM zur Verfügung.

Künftig werden insbesondere folgende Instrumente die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern:

- Die berufliche Weiterbildung genießt weiterhin Priorität. Im Mai 1998 nahmen 149 000 Arbeitnehmer an geförderten Weiterbildungsmaßnahmen teil. Neue Lern- und Qualifizierungsformen (z. B. Nutzung moderner Informationstechnik, Projektarbeit) tragen den arbeitsmarktpolitischen Bedürfnissen gezielt Rechnung.

– Das Programm Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose wird fortgeführt. Von Januar bis Mai dieses Jahres wurden 6 800 Beschäftigungshilfen bewilligt.

– Die Strukturanpassungsmaßnahmen für Wirtschaftsunternehmen werden in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Aufgrund der großen Nachfrage der Betriebe hat die Bundesregierung die Mittel für 1998 bereits um rd. 230 Mio. DM erhöht. Im Mai dieses Jahres konnten so über 161 200 Personen in Strukturanpassungsmaßnahmen gefördert werden (96 300 mehr als vor Jahresfrist).

– Durch das Überbrückungsgeld werden in zunehmendem Maße Existenzgründungen gefördert.

– Die Bundesregierung unterstreicht mit dem Ende März dieses Jahres aufgelegten Sonderprogramm „Sachkostenzuschüsse zu ABM" die Wichtigkeit von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). 250 Mio. DM stehen bereit, die an Träger von ABM als Zuschüsse vergeben werden können. Eine erhebliche Steigerung des Beschäftigungsumfangs in ABM im laufenden Jahr ist zu erwarten (Mai 1998 121 700 Teilnehmer).

Flankiert wird die Arbeitsmarktpolitik durch jugendpolitische Maßnahmen (freiwilliges soziales und ökologisches Jahr), die jungen Menschen Schlüsselqualifikationen für Berufs- und Arbeitswelt nahebringen. Die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit wird ausgebaut, um auch benachteiligten jungen Menschen bessere Chancen für Beschäftigung zu vermitteln.

Zur Verbesserung der Chancen der Frauen im Erwerbsleben werden vor allem Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Selbständigkeit erprobt (z. B. Modelle der Arbeitnehmerüberlassung als arbeitsmarktpolitisches Instrument zur beruflichen Wiedereingliederung, Gründung selbständiger Unternehmen aus ehemaligen ABM in ländlichen Regionen der neuen Länder, Schulung für Betriebsübernahmen im Handwerk).

9. Ausbildungschancen verbessern – Lehrstellenangebote verstärken

Beste Eintrittskarte für einen Arbeitsplatz ist eine qualifizierte Ausbildung. Mit der „Lehrstelleninitiative Ost 1998" werden 17 500 zusätzliche Lehrstellen für Jugendliche, die zu Beginn des Ausbildungsjahres noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, in den neuen Ländern bereitgestellt. Das sind 2 500 Lehrstellen mehr als im letzten Jahr. Die Bundesregierung engagiert sich hierbei bis zum Jahr 2001 mit weiteren 232 Mio. DM.

Weitere 50 Mio. DM hat die Bundesregierung für das bis 2001 laufende Sonderprogramm „Lehrstellenentwickler" zur Verfügung gestellt. Damit werden gerade kleine und mittlere Betriebe in die Lage versetzt, eine Ausbildung, evtl. auch im Verbund mit anderen Unternehmen, anzubieten.

Neben dem Programm Lehrstellenentwicklung wird auch die Förderung von Ausbildungsplatzberatern und Lehrstellenwerbern bei den ostdeutschen Kammern 1998 mit 4 Mio. DM fortgesetzt. Die Lehrstelleninitiative Ost ist Teil des Nationalen Aktionsplans Berufsausbildung, mit dem auch 1998 ein ausreichendes Angebot an Lehrstellen in Deutschland sichergestellt werden soll.

Die Bundesregierung hält an ihrem Ziel fest, daß jedem Jugendlichen, der es wünscht und der dazu in der Lage ist, ein Ausbildungsplatz angeboten wird. In den kommenden Jahren muß jedoch auch in den neuen Ländern alles unternommen werden, die Berufsausbildung verstärkt in die Verantwortung der Wirtschaft zu legen. Der Anteil der staatlich finanzierten und bezuschußten Ausbildungsplätze muß wieder schrittweise zurückgeführt werden.

10. Vertrauen in sichere Eigentumsrechte bewahren

Die grundsätzlichen Festlegungen zum Eigentum wurden im Einigungsvertrag getroffen und haben Bestand. Vertrauen in sichere Eigentumsrechte ist die Grundlage jeder Investition. Die geltenden Regelungen über Rückgabe und Zuordnung müssen schnell umgesetzt werden. Ungeklärte Eigentumsfragen dürfen nicht länger als unvermeidbar Verunsicherung schaffen; daher müssen zügige Entscheidungen Rechtsfrieden herstellen. Der von der Bundesregierung eingebrachte Gesetzentwurf eines Vermögensrechtsbereinigungsgesetzes beseitigt bei den Eigentumsfragen noch verbliebene Unschärfen und Unklarheiten. Er soll noch vor der Sommerpause vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden.

Besondere Bedeutung mißt die Bundesregierung auch der Zusammenführung von Boden- und Gebäudeeigentum sowie den Bodenordnungsverfahren nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz und den Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz für die Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in den neuen Ländern bei. Diese Maßnahmen, die der Regelung der Eigentums- und Pachtverhältnisse sowie der Entflechtung von Landnutzungskonflikten dienen, werden weiter an Bedeutung gewinnen.

11. Bundeswehr als Armee der Einheit

Die Bundeswehr ist die Armee der Einheit. Sie hat es beim Oder-Hochwasser 1997 eindrucksvoll bewiesen. Sie ist Schrittmacher der inneren Einheit Deutschlands und hat wesentlichen Anteil an der Aufbauleistung in den neuen Ländern. Der Aufbau ist jedoch noch nicht vollständig abgeschlossen. Erst in den kommenden Jahren werden viele eingeleitete Maßnahmen ihre volle Wirksamkeit entfalten. Die Situation der Soldaten in den neuen Ländern wird u. a. mit Maßnahmen im Rahmen des Berufsförderungsdienstes der Bundeswehr sowie mit versorgungsrechtlichen Regelungen weiter verbessert werden.

Investitionen der Bundeswehr in Ostdeutschland haben oberste Priorität. Durch gezielte Auftragsvergaben trägt die Bundeswehr zur wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern bei:

- Die Unternehmen in den neuen Bundesländern sollen künftig stärker bei Aufträgen der Bundeswehr berücksichtigt werden; Ziel ist es, den Anteil der Auftragsvergabe der Größenordnung des Stationierungsanteils anzugleichen.
- Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung wirkt durch eine Reihe von Maßnahmen (Info-Veranstaltungen, Beratungen, Zubenennung) verstärkt darauf hin, Unternehmen der neuen Bundesländer in die Beschaffungen einzubeziehen.
- Die Bundeswehr wird die Instandsetzungsaufträge für Firmen in den neuen Ländern weiter erhöhen. Für 1999 werden die entsprechenden Haushaltsmittel erneut um 10 % angehoben.
- Die Baumaßnahmen der Bundeswehr in den neuen Ländern werden auf hohem Niveau fortgeführt. Dazu wird jährlich rd. 1 Mrd. DM verausgabt. Dies entspricht etwa 35 bis 40 % der für Baumaßnahmen der Bundeswehr jährlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und macht damit mehr als das Doppelte des in den neuen Ländern stationierten Anteils der Bundeswehr von 17 % aus.

Ferner setzt die Bundeswehr die Verlegung zentraler militärischer und ziviler Dienststellen in die neuen Bundesländer weiter konsequent fort.

Über die Maßnahmen hinaus werden von der zunehmenden Ausrichtung der Bundeswehr auf die neue Sicherheitsstruktur in Europa, hier insbesondere die NATO-Osterweiterung, weitere, den Aufbauprozeß vorantreibende und konsolidierende positive Impulse erwartet.

12. Städte und Dörfer noch wohnlicher gestalten

Die Fortschritte im Wohnungs- und Städtebau haben im besonderen Maße zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den neuen Ländern beigetragen. Gleichwohl ist gerade der qualitative Wohnungs- und Gebäudezustand noch ein gutes Stück von dem im Westen gewohnten Niveau entfernt. Die Sanierung und Instandsetzung des Wohnungsbestandes hat auch in Zukunft höchste Priorität und bedarf weiterhin der finanziellen Unterstützung. Eine zielgerichtete Modernisierungsförderung durch zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse leistet im Zusammenwirken mit der Verlängerung des Sonderwohngeldes einen wichtigen Beitrag dafür, daß besseres Wohnen weiterhin bezahlbar bleibt.

Einen besonderen wohnungspolitischen Stellenwert wird auch in Zukunft die Bildung selbstgenutzten Wohneigentums durch Neubau und Bestandserwerb einnehmen. Die Förderung der Wohneigentumsbildung durch Stärkung der Eigenkapitalbildung und direkte Hilfen bleibt ein vorrangiges wohnungspolitisches Ziel der Bundesregierung in den neuen Ländern.

Mit seinen Finanzhilfen zur Städtebauförderung hat der Bund in fast überall sichtbarer Weise die Erhaltung und Erneuerung der Städte und der ländlichen Gemeinden in Gang gebracht. Die Gemeinden und ihre Bürger sind dabei auch in den kommenden Jahren auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Die Bundesregierung beabsichtigt deshalb, ihre Hilfen zur Städtebauförderung auf hohem Niveau fortzusetzen. So sind auch für 1999 Bundesfinanzhilfen in Höhe von 520 Mio. DM vorgesehen.

13. Vielfalt im gesellschaftlichen Leben fördern

Nach Jahren der staatlichen Lenkung hat sich in den neuen Ländern ein vielfältiges gesellschaftliches Leben entwickelt. Die Bundesregierung wird diesen Prozeß auch in Zukunft nach Kräften unterstützen, vor allem in den Bereichen Kultur, Sport und bürgerschaftlichen Engagements:

- Die Bundesregierung wird das 1995 eingerichtete „Leuchtturm-Programm" zur Förderung national bedeutsamer Kultureinrichtungen fortführen. Folgende neue Projekte sind vorgesehen: Barlach-Gedenkstätten Güstrow, Panorama-Museum Bad Frankenhausen und Leipziger Galerie für zeitgenössische Kunst; geplant ist außerdem eine Hilfe bei der Sanierung des Bach-Hauses in Eisenach. Weiterhin unverzichtbar ist dabei die Grundfinanzierung durch die örtlichen Träger, insbesondere die Länder.
- Mit über 665 Mio. DM Sportfördermitteln, die der Bund seit 1990 für die neuen Länder bereitgestellt hat, konnten neue Organisationsstrukturen im Vereinssport geschaffen und Sportstätten für den Spitzensport auf hohes Niveau gebracht werden. Die Bundesregierung wird den Spitzensport in den neuen Ländern auch weiterhin gezielt fördern. Um die gerade für den Breitensport wichtige Infrastruktur weiter zu verbessern, sind insbesondere die neuen Länder aufgerufen, ihre Sportstättenförderung stärker als bisher auch in Maßnahmen des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost einzubeziehen (jährliche Finanzhilfen des Bundes in Höhe von 6,6 Mrd. DM).
- Die Bundesregierung wird auch in Zukunft die Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit unterstützen. Gefördert werden vor allem Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich Ehrenamt und Selbsthilfe. Die 1997 mit Unterstützung der Bundesregierung gegründete Stiftung „Bürger für Bürger" soll die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement in ganz Deutschland verbessern; sie wird ihren Sitz demnächst nach Berlin verlegen.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333